

NPM: Der VPOD legt gewerkschaftliche Rahmenbedingungen fest

Es war eine Premiere: Weil im vergangenen Juni in Lausanne die Zeit nicht ausreichte, um alle Geschäfte zu beraten, oblag es einer extra einberufenen Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz, den 40. Verbandstag des VPOD zu einem Abschluss zu bringen. Das umstrittenste Thema: Welche Haltung nimmt der VPOD gegenüber den verschiedenen Modellen einer Reform der öffentlichen Dienste ein? Nach einer intensiven Diskussion wurde ein Themenpapier verabschiedet, das nicht nur eine Stellungnahme, sondern auch ein Arbeitsinstrument ist. Es beinhaltet gewerkschaftliche Rahmenbedingungen und Kriterien für Reformvorhaben und dient so Mitgliedern und Sektionen, die sich heute schon mit Reformmodellen auseinandersetzen wollen oder müssen. Die innergewerkschaftliche Diskussion über das New Public Management aber geht weiter, denn das Papier nimmt die gewerkschaftliche Position zu einzelnen Modellen in keiner Weise vorweg. Die Vertreter der Sektion Genf, des Kantons Waadt oder auch des Tessins wollten das Themenpapier zur Verwaltungsreform nur schon aufgrund seines Titels „Öffentliche Dienste: leistungsfähig und kostengünstig - Re-formieren statt privatisieren“ verwerfen. PragmatikerInnen hingegen standen am Samstag vor einer Woche im Zürcher Kongresshaus für das Themenpapier ein.

Keine unkritische Zustimmung zu NPM

„Mitgliedern und Sektionen, die bereits mit einer Vielzahl von Modellen konfrontiert sind, liefert es gewerkschaftliche Kriterien“, hatte Verbandssekretär Urs Wüthrich-Pelloli den Stellenwert des Dokumentes geklärt. „Es geht nicht um eine unkritische Zustimmung zu Reformmodellen, sondern um das Formulieren von Rahmenbedingungen solcher Prozesse, die fast flächendeckend laufen oder zu laufen beginnen.“ Aus der Optik des VPOD müsse das Ziel solcher Verwaltungsreformen stets die Qualität der öffentlich erbrachten Dienstleistungen sein. Als engagierter Gegner des Papiers trat der Vertreter der Sektion Vaud Etat, Urs Zuppinger, ans Mikrofon. Das Thema Verwaltungsreform sei hochaktuell. Aber er sei inhaltlich mit dem Themenpapier alles andere als einverstanden. Es spreche die Sprache der Manager, des politischen Gegners - konkret des Waadtländer Regierungsrates Pierre-François Veillon, der am Kongress im Juni ausgepiffen worden war. Auch Gérard Heimberg von der gleichen Sektion monierte, in der Stellungnahme hätten die Ziele der Rentabilität mehr Gewicht als die Mitwirkung der Arbeitnehmenden. Urs Zuppinger meinte, es gehe in der Frage der Verwaltungsreform um demokratische und gewerkschaftliche Grundrechte, und beantragte, dass eine Arbeitsgruppe sich des Themas nochmals annehmen und dem Verbandsvorstand im kommenden Mai ein neues Grundlagenpapier vorlegen solle. Unterstützt wurde dieser Vorschlag von der Sektion Genf und dem Tessiner Sektionssekretär Graziano Pestoni. Judith Bucher, Sekretärin der VPOD-Sektion Zürich-Städtische, konnte sich dieser Idee nicht anschliessen: „Die Reformen laufen. Wir kommen zu spät, wenn eine Arbeitsgruppe ein neues Papier entwickeln soll. Das vorliegende Themenpapier öffnet die Diskussion.“ Dem am Verbandskongress in Lausanne abgetretenen Präsidenten des VPOD, Peter Keimer, ging es um die Grundhaltung des VPOD. „Die Verwaltung entwickelt sich zum Service public - das sollten wir als Bürgerinnen und Bürger sowie als Arbeitnehmende unterstützen. Denn unser Brotkorb hängt davon ab, ob das Stimmvolk unsere Arbeit wertschätzt.“ Für ihn drehe sich die Diskussion rund um die Verwaltungsreform und die Frage „versteckte oder offene Sparziele versus qualitative Verbesserungen“. Und dazu benötigten die Mitglieder und Sektionen des VPOD eine Orientierung, wie sie das Themenpapier darstelle. Eine differenzierte Stellungnahme zu einzelnen, konkreten Modellen könne auf dieser Grundlage erarbeitet werden. Daniel Murer, Co-Präsident der Sektion Luzern, sprach von einer Kulturveränderung in der Verwaltung. Das Papier bringe zum Ausdruck, dass der VPOD inhaltliche Reformen wolle. Und dass bei solchen Prozessen nicht nur die betriebswirtschaftliche Sicht, sondern auch die Arbeitnehmenden einzubeziehen seien.

Unterschiedliche politische Standpunkte

Der Verlauf der Diskussion mochte oberflächlich betrachtet vielleicht den Anschein machen, als ob die Ursache für die unterschiedliche Einschätzung des Themenpapiers in der Romandie und in der deutschsprachigen Schweiz im vielzitierten Röschtigraben begründet sei. In Tat und Wahrheit, wenn auch nie deutlich ausgesprochen, ging es um unterschiedliche politische Standpunkte. Während die Pragmatiker/innen den Einfluss des VPOD in die laufenden Diskussionen um das New Public Management geltend machen wollten, monierte die Gegenseite, man dürfe die öffentlichen Dienste nicht den Rentabilitätskriterien der Marktwirtschaft unterwerfen. Die Annahme des Themenpapiers komme dem aber gleich. In der Abstimmung zeigte sich dann aber deutlich, dass die Mehrheit der stimmberechtigten Teilnehmenden der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz diese Einschätzung nicht teilte. Der Antrag der Sektion Vaud-Etat, das Themenpapier zur Verwaltungsreform abzulehnen, wurde mit 41 zu 22 Stimmen abgelehnt.

Christina Beglinger.

Der öffentliche Dienst, 1.12.1995.

Öffentlicher Dienst, Der > NPM. Verwaltungsreform. OeD. 1.12.1995